

Rohstoffabgabe ist das falsche und kontraproduktive Mittel für eine klimafreundliche Bauwirtschaft in NRW

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion ist sich der enormen Bedeutung der Rohstoffindustrie in unserem Bundesland bewusst. Neben den vielen tausenden Arbeitsplätzen und fast 1000 Betrieben sind die Rohstoffe unseres Bundeslandes ein wertvolles und dringend benötigtes Gut.

Quarze, Sand, Kies, Naturstein und Natursteinwerkstoffe, Mörtel und Betonbauteile sind ebenso wie die daraus wiedergewonnenen Recyclingbaustoffe wichtiger denn je. Gleichzeitig geht deren Abbau mit großer Verantwortung im Hinblick auf Ressourcenschonung, Umweltschutz, Anwohnerschutz, sparsamer Flächennutzung und einem möglichst hohen Recyclinganteil einher.

Deswegen ist es richtig, dass die schwarz-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalen einen umfangreichen Zielkatalog für dieses Themenfeld diskutiert und thematisiert hat. Dabei sehen wir einen wichtigen Baustein beim sogenannten Rohstoffmonitoring. Es ist völlig richtig, dass die notwendigen Baustoffe soweit möglich hier bei uns vor Ort gewonnen werden sollten, um unnötige Transportkosten sowie daraus resultierende CO²-Abdrücke zu vermeiden. Aber ebenso richtig ist es, umwelt- und ressourcenschonend sowie anwohnerschonend abzubauen. Dabei soll auch unter Aufsicht die notwendige Entwicklung und Weiterbetrieb der dafür notwendigen Anlagen immer wieder bewertet werden.

Dies heißt aber anhand der großen infrastrukturellen Herausforderungen für unser Land auch, dass dies nicht zwangsläufig zu einer Rückführung der abgebauten Mengen führen muss.

Die Situation in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und der Welt hat sich in den letzten Jahren dramatisch geändert. Die Lieferketten auch für Rohstoffe dieser Art sind brüchig, unsicher und teurer geworden. Die Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels fordert mehr denn je heimatnahe Versorgung mit diesen Gütern. Die Kostensteigerungen - vor allem aber nicht nur - durch die Energiepreise in wichtigen Industrien waren so enorm, dass man überall dort, wo es möglich ist, diese nicht weiter belasten darf. Dies trifft beispielhaft die Glasindustrie und ihr Zuliefergut Quarzsand.

Die gesamte Bauwirtschaft in Nordrhein-Westfalen steht ebenso unter enormem Kostendruck. Investitionen in unsere Infrastruktur werden teurer und hinterlassen

einen höheren CO²-Fußabdruck gerade dann, wenn heimische Rohstoffe nicht günstig zur Verfügung stehen und ggf. über weite Strecken angekauft und transportiert würden.

Grundsätzlich sind - zeitlich begrenzt - Umweltlenkungsabgaben ein Instrument, auf die man dann zurückgreifen kann, wenn die Märkte dies ohne andere und neue umweltschädliche Folgen aufnehmen und wenn zeitgleich die entsprechenden Branchen diese verkraften, ohne aus dem Wettbewerb gedrängt zu werden. Dies halten wir in Bezug auf die für 2024 geplante Rohstoffabgabe auf Kies und Sand für nicht mehr gegeben. Die Beschränkung dieser Sondersteuer auf diese beiden Rohstoffe Kies und Sand macht außerdem vor dem Hintergrund der Ressourcenschonung auch keinen Sinn. Zudem bestehen verfassungsrechtliche Bedenken, die eine rechtssichere Einführung fraglich erscheinen lassen.

Die MIT fordert deswegen drei Bausteine einer Strategie für heimische Rohstoffe:

1. Die Etablierung eines technischen Dialoges zu Fördertechniken und Abbaumethoden mit dem Ziel einer geringeren Flächennutzung und einzelnen Stilllegungen dort, wo diese Naturrohstoffe nicht wirtschaftlich und zugleich mit einem hohen Umweltschutzanspruch abgebaut werden können.
2. Die Aufnahme eines sozialen Dialoges mit der Branche - wie bereits in Niedersachsen eingeführt.
3. Die Erarbeitung eines gemeinsamen Fahrplanes zwischen Branche und Land zu mehr Recycling in diesem Sektor und auch der verstärkte Einsatz von Recyclingbaustoffen dort, wo die öffentliche Hand als Auftraggeber tätig ist.

Das Erreichen der Ziele des Zukunftsvertrages vor allem im Hinblick auf Klimaschutz muss die Instrumente anwenden, die gleichzeitig unseren Standort stark erhalten und unnötige Massen- und Schwerguttransporte mitsamt deren negativen Folgen für die Umwelt verhindern. Es zählt die Gesamtbilanz im Hinblick auf erfolgreichen Umweltschutz und nicht die sektorale Betrachtung. Deswegen ist uns dieses Politikfeld sehr wichtig – allerdings ohne eine Rohstoffabgabe mit negativen Folgen für Umwelt und Wirtschaft zugleich.